

Zwangsumzüge sind unsozial

Seit Hartz IV müssen die Kommunen die Mietkosten für alle BezieherInnen von Arbeitslosengeld II tragen. Nun will das Sozialressort Tabula rasa machen: 9.000 Alg II-BezieherInnen, die mehr als 10% oberhalb einer bestimmten Mietgrenze liegen, erhalten demnächst eine Umzugsaufforderung von Sozialsenatorin Karin Röpk.

Da werden tausende BremerInnen in Angst versetzt, auf eine aussichtslose Suche geschickt und wegen teilweise sehr geringer Beträge aus ihrem sozialen Umfeld gerissen, kritisiert der grüne sozialpolitische Sprecher Dirk Schmidtman. Die Grünen wollen unzumutbare Härten und Massenumzüge vermeiden. Deshalb fordern sie eine individuelle Einzelfallprüfung und bei der Festsetzung der Mietobergrenzen mehr Spielraum.

Ein von der Sozialsenatorin in Auftrag gegebenes Gutachten stellt klar, dass es in Bremen gar nicht genug preiswerte, unterhalb der Grenzen liegende Wohnungen gibt. Am schwierigsten ist die Lage für Singles. Sie sollen eine Wohnung für maximal 265 Euro finden – ein fast unmögliches Unterfangen.



Dirk Schmidtman

Das Umzugskarussell wird dazu führen, dass diese Menschen nur noch in wenigen Stadtteilen wohnen dürfen: Obervieland, Lüssum, Gröpingen, die Vahr und Tenever haben am ehesten Wohnungen im untersten Preissegment. Auch aus stadentwicklungspolitischer Sicht ist das nicht sinnvoll, erklärt Dirk Schmidtman. Bereits Ende letzten Jahres initiierten die Grünen eine gemeinsame Sondersitzung der Deputationen für Bau und Soziales. Doch weder Bausenator Jens Eckhoff noch die Gewoba, deren Aufgabe als im öffentlichen Besitz befindliches Wohnungsbauunternehmen es ist, auch preiswerten Wohnraum anzubieten, zeigten großes Interesse.

Die Grünen befürchten, dass – sollte die Sozialsenatorin ihr Konzept umsetzen – das soziale Gleichgewicht Bremens empfindlich gestört wird. Mit einem 6-Punkte-Maßnahmenkatalog (siehe Kasten rechts) wollen die Grünen im Vorfeld extremen Härtefällen begegnen.

Die Grünen fordern

1. eine Anhebung der Mietobergrenze für Einpersonenhaushalte um 20 Prozent;
2. die Anpassung der zu übernehmenden Heizkosten an die Preisentwicklung;
3. Umzugsaufforderungen zunächst nur bei Mieten, die mehr als 30% über der Höchstgrenze liegen;
4. die Förderung von Zweck-Wohngemeinschaften durch Übernahme höherer Mietkosten als jetzt geplant;
5. dass die Miete nicht automatisch direkt an den Vermieter überwiesen wird, sondern an die Alg II-BezieherInnen;
6. die Berücksichtigung des unterschiedlichen Mietniveaus in den Stadtteilen.

Planungssicherheit für Bremerhavener Kliniken

In Bremerhaven konnte trotz jahrelanger Verhandlungen keine Einigung über die zukünftige Struktur der Krankenhauslandschaft erzielt werden. Um eine adäquate Versorgung der PatientInnen zu gewährleisten, brauchen die Bremerhavener Kliniken dringend einen verbindlichen Krankenhausplan.

Die Bremerhavener Krankenhäuser haben die Chance verpasst, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und die Weichen vor Ort zu stellen, bedauert Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Bürger-schaftsfraktion das Scheitern der Gespräche vor Ort. Krankenkassen und die drei Bremerhavener Kliniken konnten sich nicht über Schwerpunkte und Kooperationen einig. Nun wird die Gesundheitsbehörde die Entscheidung fällen, in welchen Krankenhäusern künftig welche Angebote gemacht werden können. »Wenn man sich die Prognosen zur demografischen Entwicklung in Bremen und Bremerhaven ansieht, ist ein Umdenken in der Krankenhauslandschaft dringend notwendig. Die Bremerhavener Praxis »alle bieten alles« kann nicht fortgeführt werden, schon allein aus Kostengründen. Aber auch die neuen gesetzlichen Regelungen bezüglich der Abrechnungsmodalitäten und der erforderlichen Qualitätsstandards können nicht alle Krankenhäuser gleichermaßen erfüllen«, betont Doris Hoch. Beispielsweise dürfen Risikogeburten in Zukunft nur

noch in Kliniken mit angeschlossener Kinderklinik durchgeführt werden, so sieht es eine Maßnahme zur Qualitätssicherung der Versorgung von Früh- und Neugeborenen vor, die am 1. Juni 2006 in Kraft tritt.

Die Grünen unterstützen die Gesundheits-senatorin darin, schnellstmöglich einen verbindlichen Krankenhausplan für die Bremerhavener Kliniken vorzulegen. »Die Krankenhäuser brauchen dringend Planungssicherheit. Zurzeit liegen Investitionen auf Eis, weil die Bewilligung von Geldern an den Krankenhausplan gebunden ist«, erklärt Doris Hoch. »Es darf nicht sein, dass die Auseinandersetzung um die Krankenhausreform zu Lasten der Patientinnen und Patienten geht. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser komplizierte Prozess im Sinne der Menschen in Bremen und Bremerhaven gesteuert wird.«



Doris Hoch

Schmierentheater der großen Koalition

Keiner will es gewusst haben und doch war die Finanzkrise des Bremer Theaters seit langem bekannt. Was seine im Amt verschlissenen Vorgänger sich nicht getraut haben, will Kultursenator Jörg Kastendiek nun nachholen: eine Hardcore-Sanierung, bei der auch zu unlauteren Mitteln wie Erpressung gegriffen wird.

Vor einer Kulisse aus Krisengeschrei und Drohgebärden spielt sich derzeit am Bremer Theater ein wahrhaftiges Trauerspiel ab. Im Liquiditätsdrama aus Altschulden, nicht gezahlten Zuschüssen aus dem Kulturressort, chronischer Unterfinanzierung und persönlichen Fehlern ist der erste Akt zu Ende gegangen. Kultursenator Kastendiek hat 430 Angestellten das Weihnachtsgeld und einen spürbaren Einkommensverzicht abgepresst. Mit der Ersparnis will er einen Teil des aktuellen Finanzlochs stopfen, das aber nicht die Beschäftigten des Theaters zu verantworten haben, sondern in großen Teilen die Kulturbehörde selbst.



Karin Krusche

Jahrelang hat sich der Senat um eine solide Finanzierung des Theaters herumgemogelt. Alljährlich kamen neue Hiobsbotschaften aus dem Kulturressort, wurden neue Sparquoten verhängt und die seit Jahren vorhandene finanzielle Bugwelle (Vorgänge auf Geld des nächsten Jahres, die das Theater nicht zu verantworten hat) nicht ausgeglichen. Stattdessen wurden in diesem Jahr erstmalig die Löhne der Beschäftigten zur Verhandlungsmasse erklärt – in den Augen der Grünen ein skandalöser Umgang mit den Menschen, die im Theater gute Arbeit leisten und es zu dem machen, was es ist: einem Aushängeschild für die Stadt. Wenn dies so bleiben soll, muss der Senat dafür sorgen, dass die Theaterfinanzen langfristig konsolidiert werden.

Für die Grünen steht außer Zweifel, dass auch das Bremer Theater einen Sparbeitrag erbringen muss – auf der Basis einer exakten Analyse der betriebswirtschaftlichen Situation und von verbindlichen 5-Jahres-Verträgen. Es muss klar sein, welches Geld zur Verfügung steht und was dafür geleistet wird – nur so bekommt das Theater eine tragfähige Perspektive.



Intendant Dr. Klaus Pierwoß, rechts

Aus den Affenversuchen aussteigen!

Seit 1998 werden an der Bremer Universität Tierversuche mit Primaten durchgeführt. Nachdem Ende letzten Jahres die Versuche für ein weiteres Jahr verlängert wurden, hat Professor Kreiter nun einen Antrag auf eine Weiterführung der Versuche für mindestens drei Jahre gestellt.

Bereits 1998 hatte es scharfe Proteste seitens der Bevölkerung gegen die Affenversuche gegeben. Damals hatten die Befürworter der argumentiert, die Versuche seien befristet und würden im Laufe der Zeit durch die Anschaffung eines Kernspintomografen überflüssig. Nun steht das drei Millionen Euro teure Gerät bereit, aber anstatt die für die Makaken sehr quälende Prozedur, bei denen ihnen Elektroden in's Hirn gepflanzt werden, zu beenden, müssen sie nun zwei Experimentiermethoden über sich ergehen lassen.

Mit der Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz (Artikel 20a) im August 2002 dürfen Tierversuche nur durchgeführt werden, wenn sie ethisch vertretbar und unerlässlich sind. Die Freiheit der Forschung muss gegen den Tierschutz abgewogen werden. Bezogen auf Professor Kreiters Grundlagenforschung ist der Erkenntnisgewinn nicht planbar, hingegen ist davon auszugehen, dass

Makaken genau wie Menschen Schmerzen empfinden – nicht umsonst werden sie wegen ihrer Ähnlichkeit zum Menschen gern für Experimente herangezogen. Wir Grünen halten die Affenversuche für ethisch nicht vertretbar. Für die Bürgerschaftssitzung im November haben wir einen Antrag eingereicht, in dem wir die Gesundheits-senatorin auffordern, keine neue Genehmigung für invasive Versuche an Makaken zu erteilen. Wir wollen, dass die Universität die Proteste aus der Bevölkerung und aus Expertenkreisen endlich ernst nimmt und die invasiven Versuche sofort beendet. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Verbandsklagerecht ein, das es Tierschützern ermöglicht, die ethische Vertretbarkeit von Tierversuchen juristisch prüfen zu lassen.



Silvia Schön

Vernissage

17. November

Muster und Sequenzen
Christine Prinz und Edeltraut Rath
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktionsgeschäftsstelle
19 Uhr
Schlachte 19/20, 28195 Bremen
Ausstellung bis 10.2.2006

Neue Energie

21. November

Neue Energie für Bremen
Zukunftsfähige Stromversorgung für die Region Bremen
(gemeinsam mit dem BUND, Landesverband Bremen)
Haus der Bürgerschaft
Festsaal, 19 Uhr
Am Markt 20, 28195 Bremen

Wirtschaft

23. November

Unternehmen und Existenzgründungen mit migrantischem Hintergrund
Potenziale, Bedarf und Fördermöglichkeiten in Bremen
Haus der Wissenschaft
19-22 Uhr
Sandstraße 4-5, 28195 Bremen

Verkehr

2. Dezember

Zukunftsthema: Demografischer Wandel
Öffentlicher Nahverkehr und Bevölkerungsrückgang
Haus der Wissenschaft
16 Uhr
Sandstraße 4-5, 28195 Bremen

service impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft
Telefon 0421/3011-0
Telefax 0421/3011-250
e-mail: fraktion@gruene-bremen.de
internet www.gruene-bremen.de

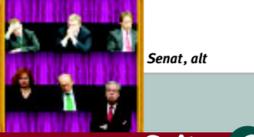
Gestaltung Designbüro Möhlenkamp
Relaunch + Satz + Endredaktion Thom as Kollande
Fotos Bremer Touristik-Zentrale, U. Bendrat, D. Bleiker, A. Caspari, M. Heuß, S. Kaminski, Landes-sportbund, A. Quick, www.e-sther-sonjaschmid.ch
Fotomontagen Thom as Kollande
Druck: Geffken & Köllner Bremen

V.i.S.d.P.: Andrea Quick
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Schlachte 19/20
28195 Bremen

grün:journal



grün:inhalt



Senat, alt

Seite 2

- Marieluis e Beck zur Ausrichtung der Grünen nach der Wahl
- Akteneinsicht – Recht haben heißt noch nicht, Recht kriegen

Seite 3

- Der kommentierte Luftreinhalte- und Aktionsplan für Bremen
- Härtefallkommission, die »Light-Version«

Seite 4

- Vernunft geht anders: zum Schulstandortkonzept
- Dazu Ingelore Rosenkötter aus Sicht des Landessportbunds

Seite 5

- Nicht nur Alg II-BezieherInnen sagen: »Zwangsumzüge sind unsozial!«
- Lustspiel, Drama, Tagödie? Zur Situation des Bremer Theaters

Seite 6

- Bremerhavener Kliniken brauchen Planungssicherheit
- Makaken: Verlängerung der Affenversuche



Senat, neu

grüne ecke

»Ich möchte einen Satz noch zum Schluss verlieren. Wir Grünen setzen uns dafür ein, wir wollen, dass sich Bremen als tierschutzfreier Standort profiliert.« (Zurufevom Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Tierschutzfrei?)

»Tierversuchsfreier Standort profiliert.« (Silvia Schön in der Landtagsdebatte über »Tierversuche im Land Bremen« am 26. Mai 2005.)



Bremen nach Scherf

Ein Kommentar von Karoline Linnert

Die Ära Scherf ist zu Ende. Dieser Bürgermeister hat es wie sonst niemand verstanden, volknah zu sein und seiner Politik ein menschliches Gesicht zu geben. BürgerInnen, Gäste und MedienvertreterInnen waren in aller Regel begeistert darüber, wie er ihnen begegnete: herzlich und unkonventionell, zumindest so lange ihm niemand widersprach.

Die objektiven Ergebnisse der Politik der letzten 10 Jahre sind völlig anders: eine große Koalition mit ihrer bleiern Wirkung auf die politische Kultur der Städte, eine ausweglose Finanzlage und Reaktionen zwischen Mitleid und Verachtung auf Bremens Lage bei Bund und Ländern.

Warum stört es eigentlich fast niemanden, wenn derselbe Bürgermeister, der sich in achtenswerter Art und Weise für einen Dialog mit den Bremer MuslimInnen einsetzt, ein Gesetz verantwortet, das sogar Kopftuchträgerinnen in Ausbildung vom Schuldienst ausschließt? Vielleicht ist es gar nicht mehr die Frage, ob Politik konsistent ist, ob sie auf Grundlage von Gesetzen stattfindet, nachvollziehbar Zukunft antizipiert und ob in Strukturen gedacht wird. Vielleicht ist es den meisten Leuten gleichgültig geworden, dass möglichst wenig gelogen wird oder unhaltbare Versprechungen gemacht werden. Zugegeben, das alles nicht zu tun, ist reichlich unerötlich und ziemlich mühselig. Es darf aber keine Lage geben, in der nur noch die richtige Performance zählt, MedienvertreterInnen

brav alles ablichten, was dem Blatt oder der Sendung dient, und die mangels eigener Recherche auch alles glauben müssen, was behauptet wird. Das Volk bekäme, was es will: PolitikerInnen zum Anfassen und politikfreie Politik. So würden PolitikerInnen und MedienvertreterInnen Hand in Hand arbeiten – an ihrer eigenen Abschaffung.

Insofern gibt die deutliche Wahl von Jens Böhmns innerhalb der SPD Anlass zur Hoffnung. Nicht der Medienliebling Lemke, sondern jemand, der mehr arbeitet und weniger verkauft, der somit an den Ergebnissen seiner Politik gemessen werden kann, ist die Antwort auf 10 Jahre große Koalition und das tatenlose Auseinanderdriften der objektiven und der gefühlten Lage.

Das Ende der Ära Scherf bedeutet vielleicht einen Politikwechsel, sicher aber die Chance für mehr Menschen, zwischen guter und schlechter Politik zu unterscheiden. Das ist gut für Grüne und Bremen!



Karoline Linnert, Fraktionsvorsitzende

grün: **Aktion**



Der Speicher I im Umbau
Speicher I – Büros und Wohnen ermöglichen

»Es ist schön, dass nach Speicher XI einem weiteren alten Lagerhaus neues Leben eingehaucht wird«, begrüßt die baupolitische Sprecherin Karin Krusche den Umbau des Speichers I in der Überseestadt. Vor Ort überzeugte sie sich von der architektonischen Qualität. »Im Gespräch mit dem Projektentwickler hat sich herausgestellt, dass sich viele Interessenten vorstellen können, dort auch zu wohnen. Wenn die Politik die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schafft, könnte die künftige Nutzung des Speichers I ein Paradebeispiel für eine Kombination von Wohnen und Arbeiten unter einem Dach werden.«

Pädagogik interkulturell

Jüngst wurde in Schwachhausen der deutsch-französische Kindergarten eingeweiht. »Ein schönes Projekt für den interkulturellen Austausch«, so das Fazit von Jens Crueger. In der interessant ist hierbei die Verbindung französischer und deutscher Ansätze in der Pädagogik.

Was wird da gebaut?

Baustellen gibt es überall in der Stadt. Doch wer weiß schon, warum dort gebuddelt wird und was der Spaß kostet? Am Beispiel der Baustelle an der Markt-/Wachtstraße zeigt die baupolitische Sprecherin Karin Krusche, wie alle notwendigen Informationen auf einem Baustellenschild dargestellt werden können.



In einem Bürger-schaftsantrag fordern die Grünen, solche Schilder künftig an allen über 100.000 Euro teuren Baustellen der öffentlichen Hand aufzustellen. In Stuttgart ist dies übrigens bereits geltende Praxis.

Wir buchstabieren sozial auch ökologisch

Manche große Linie grünen Denkens und Wirkens ist unter der Regierungsbeteiligung verloren gegangen, manches wird wieder aus der Schublade geholt und aktualisiert. Die Bremer Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck blickt nach vorn.

Wirbelstürme wie Katrina, die Erwärmung der Meere, das Abschmelzen der Polkappen, die zunehmende Versteppung der Böden – die Dimensionen der ökologischen Herausforderungen sind um ein Vielfaches größer als die Möglichkeiten jeder nationalen Regierung oder jeder kleinen grünen Regierungsbeteiligung, ihnen mit ihrer Politik zu begegnen. Für mich bleibt die eigentliche Daseinsberechtigung und Notwendigkeit der Grünen die ökologische Frage. Dennoch hat sich unser politisches Denken und Wirken aufgefächert: Die Frage von Arm und Reich zwischen Nord und Süd, die Frage von Teilhabe oder Ausgrenzung im eigenen Land, die Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen Gesunden und Kranken, diese Fragen gehören mit auf die bündnisgrüne Agenda – wir buchstabieren sozial auch ökologisch. Die Frage nach der Teilhabe an Bildung und Arbeit erfordert tiefer gehende Antworten als

Hartz IV. Ein erweiterter Arbeitsbegriff, die Umverteilung von Arbeitszeit, verschiedene Lebensphasen und bürgerschaftliches Engagement: Das alles gehört zurück auf die Agenda, wenn wir die drängende Frage beantworten wollen, wie wir der bedrückenden Ausgrenzung von Millionen von Menschen vom Arbeitsmarkt, und damit oft auch von sozialer Teilhabe, wirksam begegnen können. Gesundheitspolitik kann sich nicht allein auf die klassische Apparatemedizin stützen, der Gesundheitsbegriff wird sich verändern müssen – Förderung von Aktivität, Selbstverantwortung, Strukturen für Selbsthilfe, das ist grünes Denken. Dafür müssen wir gesellschaftliche Allianzen bilden, dann werden sich auch wieder Koalitionsmöglichkeiten eröffnen.



Marieluise Beck

Akteneinsicht mit Hindernissen

Ob Stadthalle, Space Park, Abfallwirtschaft oder zuletzt die Hotelgruppe Zech: Das Instrument der Akteneinsicht wird von den Grünen seit Jahren zur Aufklärung komplexer Sachverhalte genutzt. Der Senat legt ihnen dabei immer wieder Steine in den Weg.

Je länger die große Koalition regiert, desto mehr schwindet das Bewusstsein dafür, dass man ein Parlament nicht belügen darf, kritisiert die grüne Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert. Im Zusammenhang mit dem Space Park haben die grünen Abgeordneten wirklich Neues erst durch die in der Bremer Landesverfassung und im Deputationsgesetz geregelte Akteneinsicht erfahren und so den Senat gezwungen, gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament Fehler einzugestehen. Mit einem Arsenal von Stolpersteinen hat der Senat versucht, die Akteneinsicht zu behindern. Das reichte von langen Wartezeiten auf Termine über die erzwungene Verpflichtung, bei Nichtgeheimhaltung der Sachverhalte hohen Schadensersatz zu leisten bis hin zu unvollständigen Akten und totalem Kopier- und Diktierverbot. Zuletzt wurde kurzerhand der gesamte Komplex

Atlantic Hotelgruppe für vertraulich erklärt. Doch davon ließen sich die Grünen nicht beeindrucken. »Selbstverständlich sind aus grüner Sicht persönliche Informationen aus den Akten uneingeschränkt schützenswürdig. Für uns gilt allerdings weiterhin, dass die Öffentlichkeit ein Recht hat, über das Handeln der Regierung informiert zu sein. Wer staatliche Subventionen und damit Steuergelder erhält, muss wissen, dass der dazu gehörende Verwaltungsvorgang von den VolksvertreterInnen überprüft werden darf. Und die vielen kleinen Könige in den staatlichen Gesellschaften müssen hinnehmen, dass die Kontrollrechte des Parlaments nicht an ihrer Tür enden«, betont Karoline Linnert. Das Instrument der Akteneinsicht werden die Grünen immer wieder einsetzen, wenn es ihnen sinnvoll erscheint, und dies notfalls auch vor Gericht durchsetzen.

Saubere Luft: ein kostbares Gut

Vor genau einem Jahr diskutierte die grüne Bürger-schaftsfraktion mit ExpertInnen die vorgeschriebene Luftreinhalteplanung für Bremen. Mitte Oktober dieses Jahres legte Umweltsenator Jens Eckhoff nun endlich den »Luftreinhalte- und Aktionsplan für Bremen« vor.

Beides soll dazu dienen, die Belastung der Luft mit Feinstaub und Stickoxiden zu verringern. Doch diese Aufgabe erfüllen die Entwürfe des Umweltressorts nach Ansicht der grünen umweltpolitischen Sprecherin Karin Mathes nur zu einem geringen Teil: »Dieser längst überfällige Aktionsplan geht uns nicht weit genug. Wir haben gefordert, dass das gesamte Stadtgebiet mit einbezogen wird. Nicht nur im Bereich Dobbenweg/Bismarckstraße und in der Neuenlander Straße wurden die Grenzwerte für Feinstaub viel zu häufig überschritten. Auch an vielen weiteren Standorten, wie z. B. an der Friedrich-Ebert-Straße, an der Hansestraße und an der Gastfeldstraße/Pappelstraße ist die Belastung ebenfalls zu hoch. Hinzu kommt, dass im Aktionsplan nur wenige Maßnahmen genannt werden, die konkret in den nächsten Wochen umgesetzt werden, wie z. B. die Durchfahrtsbeschränkung für ältere Lkw. Alles andere wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Wir Grünen wollen Sofortmaßnahmen. Um Krach und Dreck in Bremen zu verringern, muss die gesamte Stadt für Lkw-Durchgangsverkehr gesperrt werden. Darüber hinaus fordern wir ein Tempolimit von 100 km/h auf Bremer Autobahnen. Damit können gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die Schadstoffbelastung der Luft wird reduziert, der Lärmpegel verringert und das Unfallrisiko verkleinert.«



Karin Mathes

Für die grüne Umweltpolitikerin Karin Mathes kommt es einem Schildbürgerstreich gleich, dass der Senat weiterhin an dem geplanten Ausbau der Schwachhauser Heerstraße samt einer Verbreiterung des Concordia-Tunnels festhält.

grün: **Neues aus der Bürgerschaft**

Abzocke ohne Gegenleistung

Gegen die Stimmen der Grünen hat die Bürgerschaft im Oktober das Bremische Studienkontengesetz beschlossen. Landesländer werden ab dem 15. Semester, auswärtige Studierende ab dem dritten mit 500 Euro pro Semester zur Kasse gebeten. Die Einnahmen müssen laut Bundesverfassungsgericht der Lehre zugute kommen. Doch der Verwaltungsaufwand wird einen großen Teil aufzehren, und darüber hinaus hat Wissenschaftssenator Lemke den Hochschulrat 2006/07 vorsorglich um die erwartete Summe gekürzt. In den nächsten fünf Jahren sollen die Hochschulen zusätzlich 100 Mio. Euro einsparen. Jede/r auswärtige Studierende verschafft dem Land 3000 Euro über den Länderfinanzausgleich – die Hochschulen merken nichts davon. Ob dieses Gesetz überhaupt verfassungskonform ist, bleibt offen. Wer gegen die »Wohnsitzbestrafung« klagt, wird vermutlich Erfolg haben.

Silvia Schön ☎ 3011-231

Basar der Möglichkeiten

SPD tauscht »Härtefallkommission light« gegen Paket aus der CDU-Mottenkiste

In allen Ländern außer Bayern und Bremen wurde die vom neuen Zuwanderungsgesetz vorgesehene Härtefallkommission zur Klärung besonderer humanitärer Schicksale bei geplanten Abschiebungen längst eingerichtet. In Bremen blockierte die Christlich-Demokratische Union, die offenbar keine Probleme mit der Abschiebung von Schwerkranken oder in Bremen geborenen und aufgewachsenen Kindern hat. Jetzt hat die CDU einer Härtefallkommission zugestimmt, allerdings nur in einer »Light-Version«. ExpertInnen von Flüchtlingsorganisationen, die in anderen Bundesländern die Säulen der Arbeit der Kommission sind, wurden ausgeschlossen, und die nötige Zweidrittelmehrheit für Entscheidungen hängt allein vom Urteil der Innenbehörde ab. »Würde sich die Bremer SPD regelmäßig auf so genannten Tauschbörsen tummeln, stünde sie vermutlich schon längst ohne Hemd und Hose da. Auf dem politischen Basar der großen Koalition hat sie jedenfalls ein innenpolitisches Minusgeschäft abgeschlossen, das seinesgleichen sucht«, erklärt der innenpolitische Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Matthias Güldner.

Denn im Gegenzug dieses »Handels« stimmte die SPD der Verschärfung des Polizeigesetzes, des Verfassungsschutzgesetzes, des Ortsgesetzes über die Öffentliche Ordnung und der Fortführung der Videoüberwachung am Bahnhofsvorplatz zu. Matthias Güldner ist sich sicher, »dass wir es bei den neuen Kontroll- und Überwachungsbefugnissen von Polizei und Verfassungsschutz in einigen Fällen mit Augenwischerei ohne Sicherheitsgewinn, in anderen aber mit weit überzogenen Einschränkungen von Grundrechten der BürgerInnen zu tun haben.«



Matthias Güldner

Parlament will Beirätrechte stärken

In einem Antrag an die Stadtbürgerschaft kritisierte die grüne Fraktion den ignoranten Umgang des Innensenators mit den Stadtteilbeiräten und forderten mehr Respekt für deren Arbeit. In der Parlamentsdebatte im vergangenen September verteidigte Senator Röwekamp das Vorgehen des Senats und kündigte bissig ein »Weiter so« an. Doch das Parlament spielte nicht mit: Zwar wurde der grüne Antrag abgelehnt, aber die Fraktio-

Lisa Wargalla ☎ 3011-295

Gesucht: Vernünftiges Schulstandortkonzept für Bremen

Der demografische Wandel macht sich auch in Bremen bemerkbar. Statt darauf mit einem durchdachten, pädagogisch verantwortbaren Schulstandortkonzept zu antworten, präsentierte Bildungssenator Lemke einen unausgegorenen Vorschlag, der jede Menge Kritik auslöste.

Das Konzept soll nun in einer ganzen Reihe von Punkten überarbeitet werden. »Ich bin froh über die Denkpause. Die Zeit muss genutzt werden, um fehlende Absprachen nachzuholen. Das engstirnige Ressortdenken führte in zahlreichen Fällen zu Vorschlägen, mit denen ein Problem scheinbar gelöst, gleichzeitig aber mehrere neue geschaffen wurden. Außen vor bleiben bei den Überlegungen des Bildungssensors auch die Sportvereine. »Wer Schulschließungen plant, muss sich auch Gedanken darüber machen, wo die Sportlerinnen und Sportler künftig trainieren sollen, die bisher die betroffenen Turnhallen nutzen. Lemkes Chaos-Konzept hat daran keinen Gedanken verschwendet.«



Osterhop – eine Schule kämpft ums Überleben. (links hockend Anja Stahmann, ganz rechts stehend Jens Crueger)

grün: **Neues aus der Bürgerschaft**

Flächenpolitik gescheitert

»Einfach nur Gewerbeflächen mit Autobahnanschluss auf den Markt zu werfen und dann zu hoffen, dass sie von selbst voll laufen, ist Wirtschaftspolitik von gestern«, erklärt Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und verweist auf den Evaluationsbericht zur Flächenpolitik: Statt angestrebter 50 Hektar pro Jahr vermarktete Bremen in den vergangenen Jahren gerade einmal 21,8 Hektar, im ersten Halbjahr 2005 sogar nur 8,7. Im Gegenzug verdoppelte sich der Vorrat erschlossener Gewerbeflächen auf 207 Hektar – geplant war eine Reserve von 100. Nichtsdestotrotz will der Senat seine extensive Flächenpolitik nicht einschränken. Einen entsprechenden Antrag der Grünen lehnten die Koalitionsfraktionen ab. Für Erschließungen und ihreverkehrliche Anbindung sind allein für die Jahre 2006 und 2007 wieder über 100 Millionen Euro vorgesehen.

Klaus Möhle ☎ 3011-248

Bildungsgärten

Die Förderung in den ersten sechs Lebensjahren ist für Kinder von entscheidender Bedeutung. In einem Antrag forderten die Grünen die Anhebung der ErzieherInnenausbildung auf Hochschulniveau. »Kindergärten müssen Bildungsgärten werden. Das ist ohne Verbesserung der ErzieherInnenausbildung nicht zu schaffen«, so der jugendpolitische Sprecher Jens Crueger. Der Antrag wurde in die Sozialdeputation zur Beratung überwiesen.

Jens Crueger ☎ 3011-246

grün: **aktuell**

Gastkommentar



Ein Schulstandortkonzept betrifft immer auch den Sport. Der Schulstandortentwicklungsplan 2005-2015 mit seinen geplanten Veränderungen von Schulstandorten wäre durch die absehbare Aufgabe von Schulturnhallen, Aulen etc. mit erheblichen Auswirkungen auf den Sport verbunden. Bei bereits erfolgten Aufgaben von Schulstandorten einschließlich Sporthallen wurden oft erst nach harten Verhandlungen Lösungen bzw. begrenzte Übergangslösungen für die betroffenen Vereine gefunden.

Vom aktuellen Schulstandortentwicklungsplan wären bis zu zehn Hallenstandorte betroffen. Diese Situation ist mit Übergangslösungen nicht mehr zu meistern. Verlässliche Rahmenbedingungen sind für die Sportvereine damit in einem weiteren Bereich nicht mehr gegeben, u.a. auch deshalb, weil Schulen verstärkt nachmittags Eigenbedarf anmelden.

Bisher ist der Sport in diese Diskussion über die Standorte nicht einbezogen. Im Sinne seiner gesamtpolitischen Verantwortung ist der Senat hier aufgefordert, dass die betroffenen Ressorts und städtischen Gesellschaften mit dem Landes-sportbund in einem transparenten Verfahren Planungssicherheit für die jeweiligen Vereine und den Sport schaffen. Der Sport braucht Verlässlichkeit bezüglich der Sportstätten-situation. Die Übernahme von freiwertenden Hallen durch Vereine kann dabei – unter genauer Ab-schätzung eventueller Risiken – eine Möglichkeit sein.

Ingelore Rosenkötter, Präsidentin des Landes-sportbundes Bremen